

- und Verwaltung: Bestimmung einer für das Programm verantwortlichen Behörde, sowie deren Stand in den Regierungsbehörden; Qualifizierung führender Experten sowie der betroffenen Behörde; interne Organisation und Betriebsablauf.
2. Anlagen und Einrichtungen: Gebäude, Ausrüstung und Fahrzeuge zur Ausbildung, Forschung und Verwaltung.
  3. Stab und Ausbildung: Medizinische und halb-medizinische Ausbildung für Familienplanung.
  4. Verhütungsmethode und pharmazeutische Vorräte, die für das jeweilige Programm und die gewählte Methode notwendig sind, sowie Versorgung und Verteilung von Pharmazeutika.
  5. Verteilersysteme: Die Kanäle, durch welche die Verhütungsmittel den Abnehmern sicher zur Verfügung gestellt werden können.
  6. Informierung, Ausbildung und Anwerbung von Abnehmern: Öffentliche Massenmedien zur Informierung und Erklärung der Ziele eines jeweiligen Projektes.
  7. Auswertung: Tendenzen und Programm-Aktivität, demographische Entwicklungen anhand von Volkszählungs-Er-

gebnissen und besonderen Erhebungen, bio-medizinische Ergebnisse etc.

8. Finanzierung: Projektkosten, einschließlich Grund- und Betriebskapital, weitere Finanzierungsquellen.
9. Das Projekt oder das Programm: Aktionsplanung oder Strategie zur Ausdehnung und Verbesserung von Familienplanungsdiensten.

Diese Liste könnte noch ausführlicher detailliert werden, aber sie wird ausreichen, um den Komplex der Aufgabenstellung anzudeuten. Ein Bevölkerungskontrollprogramm muß jeweils für die Erfordernisse des betreffenden Landes maßgeschneidert werden. Die Voraussetzungen gleichen sich nie, die Mischung von Lösungsmethoden auch nicht. Einige Projekte verlangten nach Einrichtungen und Gebäuden; andere nach ausgebildetem Personal. Die Ziele mögen die gleichen sein; die Mittel sind jeweils grundlegend verschieden. Und da die Zielsetzung fast immer an die Grundformen einer politischen oder sozialen Struktur rührt, sowie an kulturelle Sensibilitäten, ist stets äußerster Takt und allerengste Zusammenarbeit mit der jeweiligen Regierung geboten.

## Zukunftsaufgaben entwicklungspolitischer Informationsarbeit

D. KLAUS VON BISMARCK

*Zur Eröffnung der 20. Konferenz der Europäischen National-Komitees für das Weltkinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) am 13. Juni 1974 in Bad Neuenahr hielt der Intendant des Westdeutschen Rundfunks, D. Klaus von Bismarck, einen Vortrag, den wir nachstehend wegen seiner grundsätzlichen Ausführungen wiedergeben. Bundespräsident Gustav Heinemann beendete seine Ansprache auf der gleichen Tagung mit dem Artikel aus der »Erklärung der Rechte des Kindes«: »Die Menschheit schuldet dem Kind das Beste, was sie zu geben hat.«*

### I

Was mich bewogen hat, einen Vortrag gerade vor Ihnen zu wagen, war mehr das Herz als der Verstand: Ich dachte an die Gesichter meiner Freunde und Gesprächspartner in Afrika und Asien, an ihr tägliches Leben, an ihren schweren Alltag. Ich sah vor mir einige UNICEF-Karten der letzten Jahre. Charmevolle und originelle Kindergemälde haben mich wie viele immer neu für dieses internationale Engagement gewonnen, das Herz gewonnen.

Weil ich zu Ihnen als Menschen spreche, die sich für die Sache von UNICEF jahrelang mit Herz und Hand engagiert haben, mute ich Ihnen zu, mit mir selbstkritisch und fragend nachzudenken:

Das Thema »Zukunftsaufgaben entwicklungspolitischer Informations- und Aufklärungsarbeit« ist eben nicht nur ein Thema der Publizisten, sondern es verbindet Politiker, Publizisten und jedenfalls Menschen, die sich in der ganzen Welt bemühen, Verständnis für den Abbau des Nord-Süd-Gefälles zu wecken und dafür aktiv zu arbeiten.

Wer sein Thema erschöpfend behandelt, behandelt erschöpfend auch sein Publikum. Die mir gesetzte Zeit muß mich vor dieser Versuchung schützen.

Wenn doch die Zeit nur für Vorträge begrenzt wäre und nicht für die Bewältigung der hier gestellten Aufgaben!

Wir erleben ja in allen Bereichen, besonders deutlich aber in der Entwicklungspolitik, eine Beschleunigung der Geschichte durch eine wachsende Ereignisdichte. Wir wollen mit der Entwicklung Schritt halten, und wir geraten außer Atem, geradezu in eine geistige Atemnot. Schon heute haben von einer Milliarde Kindern auf diesem Globus 650 Millionen kaum die Chance, das Erwachsenenalter zu erreichen. Für die

Mehrpreise des Erdöls müssen die Entwicklungsländer mehr aufwenden, als ihnen an Unterstützung zufließt. Wegen der gestiegenen Energiekosten liegen Bewässerungsanlagen still, werden Düngemittel unbezahlbar, geht die Ernte zurück. Wegen der inflationären Preisentwicklung werden Importe von Grundnahrungsmitteln für die Länder unmöglich, die sie am nötigsten haben. Die FAO befürchtet eine weltweite Nahrungsmittelverknappung und Hungersnöte in den armen Regionen bereits ab 1976. Dennoch ist zu befürchten, daß sich die Weltbevölkerung in fünf Jahrzehnten verdreifachen wird. Es erscheint mir zwingend, daß die Kirchen ihre Haltung zur Geburtenkontrolle noch einmal überprüfen. Jedenfalls stehen wir heute Jahr für Jahr vor einer weiteren Eskalation der Probleme. Kein Tag, der ohne Beitrag zur Problemlösung vergeht, läßt sich jemals wieder aufholen. Auch das, was Hörfunk und Fernsehen bisher an Aufklärung geleistet haben, ist gewiß unbefriedigend. Es sind auch unter uns bisher einzelne, die darum kämpfen, das Bewußtsein für diese Aufgabenstellung zu wecken.

Man weiß bei uns um ein großes Defizit an Information über die Dritte Welt und weiß um die Zeitnot. Aber wenn man mit Pädagogen über die Frage spricht, wie man in den Industrienationen die Einsicht weitergeben kann, daß die Weltgeschichte uns zu einer unverzüglichen Verhaltensänderung gegenüber den Entwicklungsländern zwingt, dann erhält man die Antwort, daß Verhaltensänderung eingeübt werden müsse; das brauche Zeit. Sie weisen darauf hin, daß man provinzielle oder durch Interessen verengte Horizonte nicht mit Gewalt vergrößern kann. Man müsse die Einsicht wachsen lassen. Das Bild ist suggestiv: Wer wachsen lassen muß, braucht Zeit, Geduld. Wer ein Volk in der auf Entwicklungspolitik abzielenden Wissensvermittlung überfordert, setzt es der Gefahr aus, daß es in Vorurteile flüchtet oder mit wirtschaftsnationalistischem Trotz reagiert. Meine Erfahrungen bestätigen die Ratschläge der Pädagogen. Haben wir aber nicht dennoch viel zu wenig getan, also nicht über- sondern unterfordert, auch in unseren Hörfunk- und Fernsehprogrammen? Die pädagogischen Ratgeber bleiben dabei: Wer diese Art Informationsdienst betreibt, müsse mit den Pädagogen in den Kategorien von Lernschritten denken. Er komme ins Stolpern, wenn er den zweiten Schritt vor dem ersten tue.

Wenn ich die Stimmung in der Bundesrepublik richtig deute, dann wird die Notwendigkeit der Hilfe akzeptiert. Ob aber die Hilfe, wie sie geschieht, als sinnvoll akzeptiert ist, darüber besteht noch keine Klarheit. Das heißt: Wir haben den ersten Schritt immer noch nicht ganz geschafft. Der zweite Schritt, der Schritt von der ›Entwicklungshilfe‹ zur ›Entwicklungspolitik‹, muß Verständnis dafür erbringen, den Entwicklungsländern faire Handelschancen einzuräumen. Die Einsicht, daß befristete Handelspräferenzen zugunsten der Entwicklungsländer letztlich in eine entkrampfte Weltwirtschaft einmünden können, hat sich noch nicht durchgesetzt.

Der dritte Schritt, durch Rohstoff- und Währungspolitik das zu leisten, was die Entwicklungsländer transfer of power nennen, ist noch in weiter Ferne, wenn wir an die öffentliche Meinung denken, wenn auch die UN-Weltrohstoff-Konferenz vom 9. April bis 2. Mai 1974 in New York erstmals diese Frage so deutlich ins Bewußtsein der Weltöffentlichkeit gehoben hat. Von uns werden aber jetzt schon laufend Entscheidungen gefordert, für die die zeitaufwendigen Einsichten fehlen. Viele erfahrene und kluge Leute kommen nüchtern zu dem Schluß: Der Wettlauf einer planvollen Entwicklungspolitik mit einer zunehmend pessimistisch zu beurteilenden Entwicklung kann nicht mehr gewonnen werden.

Uns Rundfunkfachleute stellte sich seit Jahr und Tag die schwierige Frage: Welche Konsequenzen müssen die Massenmedien ziehen, soweit sie als Instrumente für entwicklungspolitische Aufklärungsarbeit in Frage kommen? Ich habe Ihnen schon bekannt, daß kein Anlaß besteht, stolz zu sein auf das, was wir bisher geleistet haben. Auch die Aufklärung unter Kollegen ist mühsam. Vielleicht ist sich ein Intendant einer großen Rundfunkanstalt der Schwierigkeiten entwicklungspolitischer Informations-Vermittlung bewußter als die, die von ihm und seiner Institution gleichsam Bewußtseinschübe für die öffentliche Meinung erwarten.

Was nötigt uns, nicht aufzugeben? Von einer richtigen oder falschen Entwicklungspolitik hängt die Zukunft unserer Kinder und Enkel ab, denn wenn es nicht gelingt, das starke soziale Gefälle zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern abzubauen, wird der Problemdruck so groß, daß er unausweichlich zu Explosionen führen wird. Wissen Sie, Sie, die hier versammelten Träger von UNICEF, eigentlich, wieviel Ermutigung zum Engagement und erneuten Nachdenken von Ihrer auf eine neue Generation ausgerichteten Aktivität ausgeht? Dafür bin ich dankbar, aber ich weiß, daß ich keine dem Problem angemessene Lösung anbieten kann. Dennoch ergreife ich die Gelegenheit, einige Denkansätze zur Diskussion zu stellen. Ich will mich auf vier begrenzen:

1. In vielen Industrieländern ist in den letzten 15 Jahren ein vorwiegend negatives Image der Entwicklungsländer entstanden: Die Menschen der Dritten Welt wurden als krank, unwissend, hungrig, hilflos, initiativarm und rückständig in Wort und Bild dargestellt. Eine solche Beschreibung, die nur mit Defiziten arbeitete, hat zu einem beachtlichen Spendenaufkommen geführt, ist aber letztlich gefährlich. Sie kann bei uns ein problematisches Mitleid, einen Überlegenheitsdünkel produzieren, der sich tatsächlich in zahlreichen Vorurteilen artikuliert hat: man schätzt die Entwicklungspolitik als ein Faß ohne Boden ein.

Wir brauchen eine Positivwerbung, die dem Empfänger der Hilfe in unserer öffentlichen Meinung zu Achtung verhilft. Es gab in unseren Hörfunk- und Fernsehprogrammen solche Beiträge. Aber die selbstkritische Analyse der Wirkung dieser Beiträge befriedigt noch in keiner Weise. Wir haben die Eigenleistungen der Entwicklungsländer noch zu wenig dargestellt. Wenn sie heute bereits etwa 80 vH der Aufbauleistungen selbst erstellen und nur 20 vH über die Entwicklungshilfe finanziert wird, dann darf diese Tatsache nicht im

Werbeinteresse der Geberorganisationen oder durch jene Vorurteile in der Öffentlichkeit tendenziös verzerrt dargestellt werden. Misereor hat einmal auf einem Plakat einen gesunden sympathischen Jungen aus einem Entwicklungsland abgebildet. Der Aufruf dazu lautete: Jedem eine Chance! Mit diesem Plakat sollte gesagt und gefragt werden: »Was könnte aus diesem fähigen Jungen alles werden, wenn er nur eine gute Ausbildung erhielte«. Das war Spendenwerbung mit einem positiven und nicht entehrenden Image.

Die Voraussetzung für eine solche bessere Werbung ist eine Begegnung mit anderen Kulturen, die zum Lernen aufschließt. Wir werden lernen müssen, daß es gültige Wertsysteme gibt, die nicht die unsrigen sind, die aber unentbehrlich sind, wenn wir gemeinsam den Weltfrieden erhalten wollen. Positivwerbung bedeutet nicht, daß Hungerbilder von unseren Bildschirmen verdrängt werden. Wir brauchen den Schock — von Zeit zu Zeit. Unser Gewissen darf nicht zur Ruhe kommen. Doch wir zerstören Selbstachtung und Eigeninitiative bei den Empfängern von Hilfe und verwechseln kulturelle Entwicklung mit materiellem Wohlstand, wenn wir eine einseitig negative Image-Bildung beibehalten.

Gibt es eine Negativwerbung, die von den Defiziten des Nehmers lebt, so gibt es auch eine andere, die von den Defiziten der Geber lebt. Eine Öffentlichkeit, die über Entwicklungsprobleme nur von aggressiven Zungen informiert wird, die mit Entwicklungsproblemen zum Zwecke der Systemkritik konfrontiert wird und die mit Maximalforderungen Angstgefühlen ausgesetzt wird, kann letztlich nur noch defensiv zuhören. Revolutionäre Geister, die das Augenmaß für das Mögliche verloren haben, sind in Wahrheit Systemstabilisierer, sie bekämpfen ihre eigenen Ziele. Sie werden mitschuldig an der Situation der Entwicklungsländer, wenn sie durch ihre spezielle Form der Negativwerbung dazu beitragen, daß die Industrienationen vor den Aufgaben der Entwicklungspolitik zurückschrecken, mit der Gefahr, vor der Dimension der Aufgabe dann irgendwann einmal doch zu kapitulieren. Diese Gefahr ist besonders groß, wenn einige politische Missionare zunächst immer nur darauf aus sind, die Schwächen und das Fehlverhalten der Industrienationen nachzuweisen.

Wir brauchen zwar die oft entlarvenden Stimmen der im Umgang mit der Dritten Welt Erfahrenen und der kritischen Jugend. Wir sind z. B. in der Gefahr, uns auf Harmonievorstellungen wie ›Weltweite Partnerschaft‹ und andere allzu schnell und unkritisch einzulassen. Jede Informationsarbeit in den Industrienationen aber, die absichtlich oder unabsichtlich die politische Polarisierung über ein unvermeidliches und sogar förderliches Maß hinaus steigert und so gesellschaftliche Blocks verfestigt, statt sie gegeneinander aufzuschließen, bedroht in der Konsequenz auch das Leben der Entwicklungsländer selbst. Zur Zementierung trägt nicht nur eine Verharmlosung der Entwicklungsprobleme, sondern auch ihre tendenziöse Dramatisierung bei.

2. Es wäre naiv und verriete einen Aufklärungsoptimismus, wollte man Bewußtseinsbildung von der Weitergabe von Informationen allein erwarten. Zur Information muß Aktion treten. Doch die Aktionschancen sind bisher zu selten. Es gibt einen großen Bedarf an Einübungsfeldern für neue Horizonte. Die Aktion UNICEF ist immerhin ein wichtiges ermutigendes Beispiel. Es gibt einige andere. Wichtig ist bei allen diesen Aktionen die Frage, ob sie die Selbstachtung der Betroffenen stärken, ob sie uns nötigen, die Geberbrille immer wieder einmal abzusetzen. Die Rundfunkanstalten haben noch zu wenig getan, die Entwicklungsländer durch qualifizierte Vertreter selbst zu Wort kommen zu lassen. Dies wird auch für unsere Berichterstattung in der Zukunft — und für die Zukunft — Folgen haben müssen. Für die Selbstachtung der Betroffenen wie für die Authentizität der Information ist es gleichermaßen wichtig, die Probleme der Entwicklungs-

länder nicht immer durch europäische Brillen — oder Kame-  
raobjektive — zu sehen, sondern auch authentische Selbstdar-  
stellungen unserem Informationsdefizit abhelfen zu lassen.  
3. Es ist wohl nicht nur bei der UNICEF und in unserem  
Lande allgemein so, daß entwicklungspolitische Informations-  
arbeit zunächst von engagierten Humanisten und Christen  
getragen und betrieben wurde. Das Engagement der Kirchen,  
der Entwicklungsorganisationen und der lokalen Arbeitsge-  
meinschaften, die bereits über Jahre und Jahrzehnte hinaus  
durchgehalten haben, ist beispielhaft. Doch die Realitäten  
politischer Macht und die Möglichkeiten, die gravierenden  
und aktuellsten Entwicklungsprobleme anzugehen, liegen  
nicht dort.

Die eigentlichen Probleme sind mit den Stichworten umris-  
sen: faire Handelschancen, förderliche Währungsbedingungen,  
Investitionslenkung für Auslandsinvestitionen. Wir wären  
nicht hier versammelt und engagiert, wenn wir nicht daran  
glaubten, daß auch der kleinste mit Herz und Hand enga-  
gierte Einsatz große Wirkung haben kann, wie jene Art der  
Bluttransfusion, die nicht das ganze Blut austauscht, sondern  
nur durch eine begrenzte Blutabgabe Reize gibt und heilende  
Prozesse auslöst. Aber diese Kräfte reichen nicht aus, um

**D**as endlose Wachstum materiellen Wohlstands,  
von dem wir die Lösung aller Probleme erhofften,  
ist selbst zum Hauptproblem geworden.  
Es gleicht dem unkontrollierbaren Wuchern  
der Krebszellen.

John K. Galbraith

unsere Gesellschaft daran zu hindern, als gepanzerte Wohl-  
standsinsel so weiterzuleben, als ob es die Entwicklungsländer  
nicht gäbe.

Es ist sicher leichter, sich an den gutwilligen Spender, an  
christliche Gemeinden und liberal-humanistische Zirkel zu  
wenden; viel schwerer ist es, die großen Interessengruppen  
der Gesellschaft in Pflicht zu nehmen. Diese Aufgabe steht  
uns aber unmittelbar bevor, wenn Entwicklungshilfe mehr  
sein soll als eine Art internationaler Armenpflege. Auch für  
die Massenmedien ist es leichter, Hilfeprojekte darzustellen,  
als etwa Wirtschaftsprobleme anschaulich zu machen, die  
schrecklich konkret sind, aber nur mühsam allgemein dar-  
gestellt werden können und zwar derart, daß nicht wider die  
Absicht alle Interessengruppen gegen die Entwicklungspoli-  
tik mobilisiert werden.

Als eine der größten Industrienationen mit erheblichem Ge-  
wicht auf dem Weltmarkt werden wir künftig auf eine Dar-  
stellung der Wirtschaftsprobleme, die die Sicht der Entwick-  
lungsländer verständlich macht, viel mehr Gewicht legen  
müssen. Andernfalls werden wir kaum fähig sein, zum  
ökonomischen Frieden in der Welt beizutragen. Ein kleines  
Hilfsmittel: Wir sollten mehr Filme mit entwicklungspoli-  
tischen Themen unserer Nachbarländer übernehmen und  
unser Publikum einladen, sich einmal anzusehen, wie andere  
sich mit Problemen einer Neuordnung der Weltwirtschaft  
konfrontieren.

4. Die Öffentlichkeit der sogenannten Gebernationen wird sich  
künftig auch mit qualitativen Problemen der Geber-Nehmer-  
Beziehungen möglichst vorurteilsfrei befassen müssen. Es  
gibt ein altes chinesisches Sprichwort, das die Frage stellt:  
»Warum haßt Du mich, ich hab Dir doch gar nicht geholfen?«  
Das ist ein skeptischer, aber doch wahrer Satz. Er läßt nach-  
empfinden, daß es eine inhumane Situation ist, sich auf Jahre  
hinaus als Nehmer von Hilfe verstehen zu sollen. »Ihr könnt  
uns nicht helfen, ohne uns zu überfremden und ohne uns  
unsere Identität zu rauben«, so habe ich es erst vor wenigen  
Wochen von meinen ost-afrikanischen Gesprächspartnern

gehört, aber nicht nur damals und dort, sondern oft in Indien  
und anderswo. Die Dritte Welt beobachtet die Auslandshilfe  
oft mit Argwohn. Die Afrikaner haben so etwas wie eine  
schwarze Theologie entwickelt, die davon ausgeht, daß der-  
jenige, dem die Identität geraubt worden ist, der Ärmste  
auf dieser Erde ist. Auch angesichts der Gastarbeiter in vie-  
len unserer Länder haben wir Anlaß über die Probleme eines  
Identitätsverlustes nachzudenken. Es verriet bereits eine ge-  
fährliche Abstumpfung, wenn wir auch hier eine Einzwän-  
gung und Anpassung in unsere Welt als Selbstverständlich-  
keit hinnähmen.

### III

Was können unsere Hörfunk- und Fernsehprogramme tun?  
Sie haben fast ein Informationsmonopol, wenn man von  
kirchlichen Aktionen, UNESCO- und UNICEF-Kampagnen  
und dergleichen einmal absieht, denn Zuschauer, Hörer und  
Leser haben in aller Regel einschlägige Erfahrungen selber  
nicht machen können. Aus diesem »Monopol« folgt anderer-  
seits ein ungewöhnliches Maß an Verantwortung, was so-  
wohl Qualität wie Quantität der Informationen angeht.  
Fragliche Aspekte der Qualität und des Geschmacks standen  
oft dem Bemühen entgegen, in der Berichterstattung mehr  
Raum für eine Selbstdarstellung der Nehmer zu geben. Eins  
haben wir verstanden: Es geht in der entwicklungspolitischen  
Aufklärungsarbeit zunächst darum, die Erkenntnis von Inter-  
dependenz zwischen reicher und armer Welt auszubreiten.  
Im übrigen sind »wir Rundfunkleute« nur zum geringeren  
Teil unmittelbare Träger einer Aufklärungsarbeit, also von  
uns aus Prediger, Appellierende. Zum größeren Teil sind wir  
Vermittler. Je mehr in der Sache, die Ihre und unsere Sache  
ist, drüben und hüben geschieht, umso mehr können wir  
berichten. Wenn die Welt von Aktionen widerhallt, können  
wir den Ton gewaltig verstärken. Aber solange sie von Ent-  
wicklungspolitik viel zu wenig wissen will, werden wir uns  
von uns aus immer wieder zu Wort melden.

Das sind einige in aller Kürze vorgetragene Aspekte für  
eine künftige Aufklärungsarbeit in den Industrienationen,  
Aspekte, für welche die Massenmedien nicht eine ausschließ-  
liche, aber doch eine wesentliche Rolle spielen. Ich kann die  
Chancen und Probleme der Massenmedien in den Entwick-  
lungsländern selbst nicht darstellen, will sie aber als Merk-  
posten dennoch am Schluß erwähnen. Unsere kollegialen  
Beziehungen zu diesen Stationen in Afrika, Asien und Süd-  
amerika sind bis heute noch unterentwickelt. Es geht eben  
nicht nur um Ausbildung von Fachleuten, um Absatz unserer  
dort draußen noch verwertbaren und erwünschten Pro-  
gramme, um die Verlängerung dieses oder jenes post-kolo-  
nialen Kultureinflusses.

Es geht uns alle an, daß in diesen nationalen Rundfunk-  
stationen durch Abhängigkeit von Werbung nicht gerade die  
falschen Konsumanreize angeboten werden, daß Familien-  
planung richtig propagiert wird, richtig, d.h. der Situation  
und dem Bewußtsein entsprechend. Sind wir, die Repräsen-  
tanten der alten Industrieländer, überhaupt in der Lage,  
neue Denkmuster anzubieten? Sind wir nicht selber allzu be-  
fangen in unseren eigenen Vorstellungen von wirtschaftlicher  
Effizienz? Da gibt es bei uns einen Tüchtigkeitswahn und  
andere Formen der kulturellen Distanzierung aus Furcht,  
»teilen« zu müssen. Da gibt es auch sicher noch koloniale  
Schuldgefühle, all das, was beim Wort »Entwicklungshilfe«  
oder »Dritte Welt« das Gefühl eines unspezifischen Unbehagens  
weckt. Wird es uns gelingen, Wege zu finden, wie man  
Distanzen überwindet, die die Kommunikation unmöglich  
machen, wie man die Kommunikation über Sprachgrenzen  
hinweg ermöglicht und zur Modernisierung kulturellen Erbes  
beiträgt, ohne es zu zerstören? Ich zweifle.

Oft sind übrigens in diesen Ländern Hörfunk und Fernsehen  
Medium nationaler Selbstfindung und Plattform für Aus-  
einandersetzungen, die im Verbund der Großfamilie noch

nicht möglich sind. Technisch lernen diese Länder natürlich die Nutzung dieser Mittel von den Industrienationen in Ost und West. Daß sie sie im eigenen Interesse gut benutzen, dafür bedarf es nicht unseres vorlauten Rates, sondern einer behutsamen Kommunikation, welche die bitteren Erfahrungen unserer jeweiligen eigenen Geschichte und die Ergebnisse unserer Wissenschaften ohne Überheblichkeit und Selbstsicherheit fragend einbringt, eine Kommunikation unter im letzten Sinn gleichen Partnern. Ost und West machen oft genug gemeinsam den Fehler, als hätten sie mit ihrem Sozialismus und Kapitalismus ein Rezept für die Probleme der Dritten Welt. Das gilt auch für die Beschwörung des parlamentarischen Mehrparteien-Staates oder die Beteuerungen, nur ein staats-kapitalistisches, zentral gelenktes System habe eine Chance, zu überleben.

Lassen Sie mich hier abbrechen mit dem Hinweis, daß in den nächsten Jahren für die Zukunft der Welt mehr auf dem Spiel steht, als wir zur Zeit überblicken können. Oft stellt es sich bei nüchterner Analyse so dar, als seien wir mit unlösbaren Problemen konfrontiert. Wenn Menschen und Völker in dieser Sache in Zukunft anders reagieren und handeln sollen, brauchen sie nicht nur einen Fetzen Hoffnung, sondern müssen den Ernst der Lage auch voll verstehen. Wenn auch die Massenmedien der auf sie entfallenden Verantwortung gerecht werden wollen, sind sie auf Hoffnung gebende Impulse engagierter Gruppen angewiesen. Viele meiner Kollegen haben sie von UNICEF immer wieder empfangen. Dafür möchte ich Ihnen in dieser Stunde danken. Zäh und geduldig die Probleme entwicklungspolitischer Informationsarbeit zu lösen, das ist Ihre und unsere gemeinsame Sache.

## Nichtanerkennung als Konventionsflüchtling wegen Handlungen gegen die Ziele und Grundsätze der VN

PROFESSOR DR. IGNAZ SEIDL-HOHENVELDERN

### I

Die Gewährung von Asyl an politisch Verfolgte gilt als ein Verhalten von Staaten, das ob seines ethischen Wertes vom allgemeinen Völkerrecht begünstigt wird. Seit jeher besteht ein Satz des Völkergewohnheitsrechts, daß einem Staat, der politisch Verfolgten Asyl gewährt, deshalb von keinem anderen Staat ein Vorwurf gemacht werden darf. Die Organisation der Vereinten Nationen hat mit der Ausarbeitung der Internationalen Flüchtlingskonvention vom 28. Juli 1951 (BGBl 1953 II, 559) den Status des politischen Flüchtlings international geregelt.

Auch bei der Schaffung dieser Konvention stellte sich, ähnlich wie bei Art. 16 Abs. 2 GG, die Frage, ob Asylrecht unterschiedslos allen politisch Verfolgten gewährt werden solle oder ob gewisse Handlungen die Verwirkung des Asylrechts zur Folge haben sollten. Diesbezügliche Bestimmungen sind in Art. 1 F der Internationalen Flüchtlingskonvention enthalten, der wie folgt lautet:

»Die Bestimmungen dieses Abkommens finden keine Anwendung auf Personen, in bezug auf die aus schwerwiegenden Gründen die Annahme gerechtfertigt ist, ...

c. daß sie sich Handlungen zuschulden kommen ließen, die den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen zuwiderlaufen.«

Ereignisse der letzten Zeit geben dieser Bestimmung größere Aktualität. So haben die Vereinten Nationen die Aufrechterhaltung der Herrschaft Portugals über dessen Überseegebiete in Afrika als mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen unvereinbar erklärt. Personen, die nach dem Militärputsch in Portugal ins Ausland flohen, werden daher voraussichtlich nicht den Status als Flüchtlinge im Sinne der Flüchtlingskonvention erhalten können. Ähnlich wäre die Lage eines Südamerikaners, der sich der Entführung eines Diplomaten schuldig gemacht hatte, sodann in Chile Zuflucht suchte und nunmehr aus Chile vertrieben in einen anderen Mitgliedstaat der UNO kommt. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat ja in ihrer Resolution 3166 (XXVIII) eine Konvention gebilligt, die die Entführung ausländischer Diplomaten für unzulässig erklärt, so daß auch hier ein Handeln gegen die Ziele der Vereinten Nationen vorliegt.

Es wäre einem Mitgliedstaat der Vereinten Nationen zwar nicht verwehrt, einer Person trotz derartiger Handlungen Asyl zu gewähren. Der Betreffende käme aber nicht in den Genuß der Rechte, die die Internationale Flüchtlingskonvention einräumt. Es erschiene mir z. B. sehr zweifelhaft, ob ein Flüchtlingspaß, den die Behörden des Zufluchtlandes einer solchen Person trotz ihres UN-widrigen Verhaltens ausgestellt hätten, in anderen Mitgliedstaaten der UNO anerkannt würde.

### II

Die angeführten Beispiele zeigen, daß es sich lohnt, näher die Bedeutung dieser Bestimmungen zu untersuchen. Die bisherige sehr spärliche Praxis hat sich nicht eingehender der ihr innewohnenden Problematik<sup>1</sup> gewidmet.

Die Rechtsprechung der französischen Beschwerdekommision für Flüchtlinge<sup>2</sup> sieht diesen Tatbestand als erfüllt an, wenn der Betreffende während des Krieges Landsleute bei der deutschen Besatzungsmacht denunziert hat<sup>3</sup>. Der Wortlaut dieser Entscheidungen läßt sogar die Auffassung zu, daß nach Ansicht der Kommission unter »Vereinten Nationen« nicht — oder zumindest nicht in erster Linie — die 1945 gegründete Weltorganisation, sondern die Koalition der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges gemeint war<sup>4</sup>.

Zu hart hat das Verwaltungsgericht Ansbach in seiner Entscheidung vom 27. Juni 1962<sup>5</sup> diese Bestimmung ausgelegt, als es dem früheren Pressezensor eines kommunistischen Regimes wegen dieser gegen die Menschenrechte und damit gegen die Ziele der Vereinten Nationen verstoßenden Tätigkeit die Anerkennung als Konventionsflüchtling verweigerte. Auch die jetzige antikommunistische Tätigkeit des Flüchtlings könne wegen der Sperrwirkung der erwähnten Bestimmung nicht als Asylgrund anerkannt werden<sup>6</sup>.

Im Skantzos-Fall<sup>7</sup> hat sich der Bundesgerichtshof nicht auf die Flüchtlingskonvention gestützt, da selbst nach dem Vorbringen des Betroffenen keine Rede davon hätte sein können, daß er als politisch Verfolgter im Sinne dieser Konvention anzusehen wäre. Der Bundesgerichtshof berief sich jedoch auf Art. 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948<sup>8</sup>, derzufolge ein Verfolgter »im Falle seiner Verfolgung ... wegen Handlungen, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen«, kein Anrecht auf Asyl hat. Es handelt sich hierbei um die Verweigerung des Asylrechts gemäß Art. 16 Abs. 2 GG für einen Griechen, der als Mitglied der kommunistischen ELAS-Bewegung 25 Personen ermordet hat.

In drei Entscheidungen hat der österreichische Verwaltungsgerichtshof nunmehr die erwähnte Bestimmung der Flüchtlingskonvention näher analysiert. Zwei dieser Entscheidungen betrafen einen Schweizer, der vom Schweizerischen Bundesgerichtshof für schuldig erklärt worden war, während des nationalsozialistischen Regimes als Schweizer Staatsbürger von der Schweiz aus mit höchsten Stellen des sog. Dritten Reiches durch Vermittlung von Seyss-Inquart und Kaltenbrunner mit dem Ziel in Verbindung gestanden zu